



HESSISCHER LANDTAG

15. 11. 2022

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der SPD

Die Einführung des Bürgergelds darf im Bundesrat nicht zu einem parteipolitischen Spiel werden

Die Bundesregierung plant zum 1. Januar 2023 das neue Bürgergeld einzuführen. Dieses soll Hartz IV ablösen, für mehr Respekt sorgen und den Menschen mehr Vertrauen entgegenbringen. Das Bürgergeld würde für knapp eine halbe Millionen Menschen in Hessen eine finanzielle Entlastung und Absicherung durch einen unkomplizierten und fairen Zugang zur Absicherung ihrer Lebensgrundlagen bedeuten. Nun hat die Union ihre angedrohte Blockadehaltung wahr werden lassen und die Einführung des Bürgergeldes in der aktuellen Sondersitzung des Bundesrats tatsächlich blockiert.

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass es sich beim Bürgergeld neben der Wohngeldreform und der Kindergrundsicherung um eine der größten sozialpolitischen Errungenschaften handelt, die während der letzten Jahrzehnte auf den Weg gebracht worden ist. Das Bürgergeld bedeutet mehr Sicherheit in schwierigen Lebenslagen, ohne großen bürokratischen Hürden gegenüber zu stehen. Mit der neuen Reform und den neuen Regelsätzen werden Millionen von Menschen entlastet und neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt geschaffen.
2. Der Hessische Landtag stellt fest, dass der von der Union konstruierte Vorwurf, Arbeit würde sich durch das neue Bürgergeld nicht mehr lohnen, von allen Expertinnen und Experten entkräftet wurde und lediglich dazu dient, arbeitende Menschen mit niedrigem Einkommen gegen erwerbslose Menschen auszuspielen. Das ist verantwortungslos, weil es die Spaltung der Gesellschaft verschärft.
3. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Blockadehaltung der Union im Bundesrat eine Verzögerung der Einführung des Bürgergeldes und somit eine Verzögerung der finanziellen Entlastung von vielen Bürgerinnen und Bürgern bedeutet. Besonders Familien sind davon hart getroffen. In Zeiten von rasant steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen ist dieses politische Taktieren fahrlässig und inakzeptabel.
4. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Länder in den nun anstehenden Beratungen im Vermittlungsausschuss gefragt sind, die Verhandlungen über das Gesamtpaket schnellstmöglich abzuschließen und sich bei der Entscheidung nicht von Populismus leiten zu lassen, sondern von Fakten und Genauigkeit.
5. Der Hessische Landtag fordert daher die Landesregierung auf, sich nicht weiter an einer solchen Blockadehaltung im Bundesrat zu beteiligen und dieser wichtigen Reform zuzustimmen.

Wiesbaden, 15. November 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph